

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 33. Ratssitzung vom 9. Januar 2019

767. 2018/476

Beschlussantrag von Mischa Schiwow (AL) und Luca Maggi (Grüne) vom 05.12.2018:

Resolution betreffend Verzicht auf die geplante Seilbahn der Zürcher Kantonalbank über das Seebecken und Einrichtung einer nachhaltigen Schiffsverbindung zwischen den beiden Seeufern

Ausstand: Matthias Wiesmann (GLP)

***Mischa Schiwow (AL)** begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 660/2018): Mit dieser Seilbahn haben wir das Geschenk, auch heute im Rat. Eine Vorbemerkung zur Form dieses Vorstosses: Es wurde bemängelt, dass der Beschlussantrag bzw. die Resolution daherkomme wie ein Postulat. Allerdings kann der Stadtrat ausser Deklarationen in diesem Fall kaum etwas machen. Von STP Corine Mauch hat es bereits genügend Deklarationen pro Züribahn gegeben. Für die Bevölkerung hingegen gibt es leider keine Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. Der Beschlussantrag versteht sich also als Stimme zu einem Anliegen, das uns alle betrifft, aber niemand mitreden darf. Das 150-Jahre-Jubiläum der ZKB soll mit diesem Geschenk an die Bevölkerung gefeiert werden. Ein Geschenk ist das allerhöchstens für die Tourismusbranche. Für die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher ist das Projekt eine Zumutung. Die Seilbahn entspricht keinem Bedürfnis. Die Idee ist weder neu noch innovativ. Die technischen Installationen verstellen die Aussicht auf die Alpen. Der Fahrpreis ist hoch. Verheerend ist das Projekt für alle Benützerinnen und Benützer der Freizeitflächen an den bereits intensiv genutzten Seeufern, nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtkreise 2 und 8. Stossend ist die Verbissenheit, mit der die Bank der Stadt ein Geschenk aufdrücken will, statt eine sinnvollere Geschenkidee zu suchen. Bezeichnend ist, dass nach Probebohrungen und dem Ausbringen von Baugespannen nachträglich noch eine Telefonumfrage bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der betroffenen Stadtkreise durchgeführt wird. Schliesslich ist auch der Ausdruck «Geschenk» selbst störend. Es wird bezahlt mit Kundengeldern der Staatsbank des Kantons Zürich. Da wäre mehr Rücksicht und weniger Arroganz zu erwarten. Im Beschlussantrag ist ein Gegenvorschlag für eine innovative Schiffsverbindung zwischen den Seeufern enthalten, die beispielsweise mit erneuerbarer Energie betrieben werden könnte und auch die Bedürfnisse von Familien mit Kinderwagen und Velofahrenden berücksichtigt. Ein Solarschiff zum Beispiel oder meinetwegen ein Riesenpedalo mit dem ZKB-Direktorium in den Pedalen gäbe Zürich einen wirklich innovativen Anstrich. Ich beantrage, dass die folgende Abstimmung unter Namensaufruf stattfindet.*

***Roger Bartholdi (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Wir sind der Auffassung, dass der Beschlussantrag zweckentfremdet wird. Die Geschäftsordnung hält in Art. 98 klar fest, dass ein Beschlussantrag nur Angelegenheiten betreffen könne,*

die «innerhalb des selbstständigen Wirkungsbereichs des Gemeinderats liegen». Natürlich kann der Gemeinderat eine Resolution beschliessen und eine Mehrheitsmeinung zum Ausdruck bringen, aber er kann damit keinen Auftrag an den Stadtrat erteilen. Das ist nicht konform mit der Geschäftsordnung. Wir haben dem Büro den Antrag gestellt, dies in rechtlicher Hinsicht zu prüfen. Die Mehrheit war anderer Auffassung, weshalb heute über den Antrag befunden wird. Der Gemeinderat hat im April 2016 während der Debatte über den Richtplan mit 101 zu 14 Stimmen einer Seilbahn von Tiefenbrunnen nach Wollishofen explizit zugestimmt. Mit Ausnahme der Grünen haben die Parteien also einen klaren Auftrag für eine permanente Verbindung im Rahmen des ZVV gegeben. Offenbar haben aber viele in der kurzen Zeit inzwischen ihre Meinung geändert. Wir werden dann bei der Abstimmung unter Namensaufruf sehen, wer konsequent politisiert. Es handelt sich um ein Geschenk an die Bevölkerung des ganzen Kantons. Nun will man also zwar das Geschenk nicht, dafür aber eine permanente Schiffsverbindung. Ein Privater soll also plötzlich eine Verbindung des öffentlichen Verkehrs bauen. Sponsoring eines Privaten ist dafür der falsche Weg. Die Aussicht wird nicht verstellt: Es wird ein Seil gespannt und die Gondeln bewegen sich durch das Sichtfeld. Die Türme sind zwar hoch, aber filigran. Auch der Hafenkran stiess doch auf Zustimmung. Schliesslich ist auch der Fahrpreis vernünftig. Es handelt sich nicht um eine Verbindung des öffentlichen Verkehrs, sondern um eine Attraktion und ein Spektakel. Nicht zuletzt gäbe es statt einer Resolution genügend andere Wege, um die Anliegen einzubringen. Man kann das Gespräch mit der ZKB suchen, eine Petition verfassen oder ein Postulat beantragen, statt das Instrument Beschlussantrag zu missbrauchen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): Würde der Gemeinderat dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmen, so würde er sich lächerlich machen. Unsere Fraktion teilt die formellen Vorbehalte, die genannt wurden. Wie die Antragssteller in der Begründung selbst feststellen, ist auch der Stadtrat nicht zuständig. Eine Resolution mit Aufforderung an den Stadtrat ist nur schon deshalb grotesk. Auch die inhaltliche Argumentation ist durchwegs widersprüchlich: Einerseits wird behauptet, man verschleudere Volksvermögen, andererseits wird behauptet, die ZKB wolle mit den hohen Fahrpreisen Kasse machen. Einerseits wird behauptet, das Projekt führe zu riesigen Verkehrsproblemen, gleichzeitig heisst es dann, die Leute könnten sich die Fahrt gar nicht leisten. Es wird vorgeworfen, dass keine vergünstigten Retourbillette vorgesehen seien, dabei wollen die Projektanten genau damit erreichen, dass die Fahrt als Rundreise mit öffentlichem Verkehr absolviert wird und keine Anreise per Auto erfolgt. Es gibt ein durchdachtes Konzept und die Argumente dagegen sind widersprüchlich oder falsch. So zeigen die Visualisierungen, dass die Bahn optisch fast nicht auffällt. Für die Benutzer der Bahn gibt es vielmehr eine tolle neue Perspektive auf See, Stadt und Berge. Die Erfahrungen mit den früheren Seilbahnen zeigen das. Auch die heutige Generation soll während fünf Jahren die Gelegenheit zu diesem Erlebnis haben. Die demokratische Legitimation besteht in Form des Richtplaneintrags. Einzig der Einwand, dass hier einem staatsnahen Betrieb etwas ermöglicht wird, was Privaten so nicht erlaubt würde, ist zu bedenken. Das muss aber nicht dazu führen, dass man die ZKB auch daran hindert, sondern dazu, dass man sich überlegt, wie man in Zukunft Privaten bessere Möglichkeiten zur Beteiligung an solchen

Projekten bietet.

Pablo Bünger (FDP): *Mischa Schiwow (AL) will den Gemeinderat zu seinem persönlichen Kummerkasten machen. Er hat uns bereits Einschlägiges über seine persönlichen Probleme und die seines Sohns berichtet. Nun lässt er uns wissen, dass er die ZKB-Seilbahn blöd findet. Jeder kann seine Meinung haben und kundtun, aber der Gemeinderat muss nicht darüber abstimmen. So wird ein Forum missbraucht und wir verschwenden unsere Zeit. Man könnte sich noch viele andere Resolutionen vorstellen, die lediglich heisse Luft produzieren würden: Man könnte per Resolution Geschichtsklitterungen beschliessen, naturwissenschaftliche Fakten korrigieren oder einzelnen Mitgliedern einen Fraktionswechsel vorschlagen. Man kann also über jeden Unsinn eine Resolution verfassen. Allerdings sollen wir als Institution bemüht sein, von unseren Wählern ernst genommen zu werden. Andernfalls degradieren wir uns selbst. Gerichte haben die Befugnis, querulatorische Eingaben ohne weiteres zurückzuweisen, leider kann der Gemeinderat dies nicht. Er sollte sich aber dafür einsetzen, dass er nicht über Sachen abstimmen muss, in denen er offenkundig nichts bewirken kann, und nicht die schlechte Gewohnheit einreissen lassen, ein Forum für Befindlichkeiten einzelner Mitglieder zu bieten.*

Felix Stocker (SP): *Wir diskutieren einmal mehr über ein Thema, das massive Auswirkungen auf die Stadt hat, wo die Stadt aber keine Entscheidungskompetenz hat. Der Hitzesommer hat gezeigt, wie eminent wichtig die Erholungsangebote des Strandbads Mythenquai und der Blatterwiese sind. Mit dem Projekt würden Teile davon gesperrt. Es verursacht Mehrverkehr in den Quartieren und es widerspricht dem Leitbild Seebecken. Es handelt sich um eine reine Tourismusattraktion ohne jeden Mehrwert für den öffentlichen Verkehr. Es ist ungewiss, ob die Bahn nach fünf Jahren tatsächlich wieder abgebrochen wird. Die Stadtzürcher Bevölkerung muss bei dem Bauvorhaben mitreden können, weil sie am stärksten davon betroffen ist. So sieht es unser demokratisches System vor. Leider hat der Gemeinderat als Vertretungsorgan der Bevölkerung die Kompetenz nicht, aber der Stadtrat hat sie, indem er die Nutzungsvereinbarung genehmigen muss. Ich wünsche mir, dass der Stadtrat reagiert und sich für die Stadtbevölkerung einsetzt und dass auch die ZKB ein nächstes Mal die Bevölkerung miteinbezieht. Die SP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.*

Ernst Danner (EVP): *Die EVP-Gruppe stimmt nach längerer Diskussion einstimmig für den Antrag. Ich erinnere Roger Bartholdi (SVP) und Michael Schmid (FDP) daran, dass die Resolution ein etabliertes und nicht selten genutztes Mittel ist. Natürlich ist eine Seilbahn etwas Schönes, aber die Nutzung der Seeufer und der anliegenden Gebiete hat sich seit den Fünfzigerjahren doch massiv geändert. Auch die Veränderung der Aussicht ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wesentlich für uns ist aber, dass das Projekt nichts Neues bringt und keinerlei Möglichkeit zur Innovation bietet. Würde man etwa die Forschungsausstellung Heureka von 1991 wiederholen, hätte man völlig neue Themen und Aspekte. Mit einer Seilbahn hat man allenfalls Nostalgie, aber das ist den hohen Preis wirklich nicht wert. Ich erinnere daran, dass die ZKB das Resultat der demokratischen Bewegung der 1860er-Jahre ist, eine Antwort auf die Gründung der Kreditanstalt für den kleinen Gewerbetreibenden. Wir hätten heute einen grossen Bedarf, zahl-*

reiche kleinere Initiativen, die wirklich innovativ sind, zu unterstützen. Man muss nur nach Dübendorf zum Innovationspark schauen. Eine solche Investition wäre im Gegensatz zu einer Seilbahn auch wirklich nachhaltig. Schliesslich könnte man sogar über ein Gratis-Sparbüchlein für alle Einwohner des Kantons nachdenken.

Luca Maggi (Grüne): Die bürgerliche Ratsseite verweigert sich der Diskussion, wenn der öffentliche Raum von Privaten kommerziell vereinnahmt wird. Die Debatte heute zu führen, ist wichtig und richtig, denn so kommt die Stadtbevölkerung wenigstens indirekt zu Wort. Die formalen Vorbehalte, die angebracht wurden, sind eigenwillig. Anders als die Initianten des Projekts behaupten, ist es weder nachhaltig noch ökologisch und zeugt schon gar nicht von Pioniergeist, wenn man einen so grossen Bau nach fünf Jahren wieder abreisst, wenn man grosse Pfähle in den Seeboden dreht und Schäden in Kauf nimmt, wenn man öffentliche Grünflächen am See zerstört für ein Projekt, das kaum vom öffentlichen Verkehr erschlossen ist. Die Befürworterinnen und Befürworter der Seilbahn argumentieren gern mit den früheren Seilbahnen von 1939 und 1959. Ich verstehe nicht, was an einer über 60 Jahre alten Idee pionierhaft sein soll. Für den Zweck des reinen Vergnügens ist der Preis, den die Stadtzürcher Bevölkerung zahlen muss, zu hoch. Durch die Europaparkisierung des Seeufers werden wertvolle Grünflächen bedroht. Sie sind für die ganze Stadt und für die Agglomeration wichtige Freiräume, die bereits jetzt an die Kapazitätsgrenzen stossen. Einmal mehr gilt es hier, diese Freiräume zu verteidigen für eine Stadtbevölkerung, die bereits jetzt von der Verdrängung bedroht ist. Man redet von der Ausstrahlungskraft, die das Projekt haben kann. Wir müssten aber mehr Politik machen für die Menschen, die jetzt in der Stadt leben und arbeiten. Diesen bringen ein schönes Strandbad und lebendige Freiräume mehr als eine weitere Attraktion.

Isabel Garcia (GLP): Unsere Fraktion hat kontrovers diskutiert. Es gab die Meinung, dass es unangebracht wäre, einer renommierten Institution Richtlinien für ein Geschenk vorzuschreiben. Andererseits gab es die Meinung, die Züribahn sei nicht nachhaltig und bringe auf die Dauer nichts. Es gebe bessere Alternativen im Bereich Mobilität. Vor diesem Hintergrund haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man könnte meinen, es gehe um eine Seebrücke, die für immer stehen bleiben sollte. Darum geht es nicht. Die möglichen Beschädigungen des Seegrunds werden dämonisiert. Die Seilbahn kann ja auch für die Stadtzürcher sehr attraktiv sein. Das Theaterspektakel könnte zum Beispiel auf die andere Seeseite ausgeweitet werden. Der Einwand gegen den Fahrpreis ist bedenkenswert, aber vielleicht gibt es ja noch Rabattangebote. Wenn die SP Bedenken gegen das Projekt hat, so erinnere ich sie daran, dass sie ihren Vertreter im Bankrat hat, der ein Wort mitreden kann. Lassen Sie den Zürchern das Geschenk. Es ist kein Trojanisches Pferd.

Peter Schick (SVP): Ich habe bereits in der Richtplandebatte darauf hingewiesen, dass eine Seilbahn einen touristischen Mehrwert bringen könnte. Damals haben alle ausser den Grünen dem Antrag zugestimmt. Nur zweieinhalb Jahre später wird hier ein entsprechendes Projekt bekämpft. Ich habe bisher nur von Risiken gehört. Es gibt aber auch Chancen, vor allem für die betroffenen Quartiere. Zürich als Touristenhochburg

hätte hier eine neue Attraktion abseits der ausgetretenen Pfade. Zudem kann man während der fünf Jahre des Provisoriums Erfahrungen sammeln für eine zukünftige definitive Lösung. Der genannte Billettpreis ist ja noch nicht definitiv. Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.

Simon Kälin-Werth (Grüne): *Das Projekt ist kein geschenkter Gaul, sondern ein Trojanisches Pferd. Die erste Seilbahn entstand 1939 anlässlich der Landesausstellung, die ein Ausdruck des Verteidigungswillens gegen die Vereinnahmung durch Nazideutschland war und damit ein gemeinschaftliches Erlebnis. Heute sind wir Zeugen von Versuchen, den öffentlichen Raum für rein kommerzielle Interessen zu vereinnahmen. Soll die Stadt der Offensive der ZKB Hand bieten, die den Raum rücksichtslos ihren eigenen Interessen unterwerfen will? Die Beanspruchung des öffentlichen Raums wird dabei nicht als Provisorium, sondern als Providurium angestrebt. Nicht nur die Seilbahn, auch der Jubiläumsgarten ist problematisch: Bei diesem Projekt fällt auf, dass die werktätige Bevölkerung und die industrielle Fertigung in der Schweiz anders als bei der Landi höchstens am Rand vorkommen. Von einer Staatsbank könnten wir hier mehr Commitment erwarten. Die Ereignisse um den Verkauf von Sulzer, in welchen die ZKB involviert war, haben jedoch gezeigt, dass unsere eigene Bank eine derartige patriotisch und unternehmenspolitisch motivierte Verpflichtung nicht mehr als angemessen betrachtet. Das Jubiläumsprojekt ist eine oberflächliche historische Kopie und als solche bei genauer Betrachtung nicht gerechtfertigt. Es ist kein herziges Seilbähnli, sondern ein monströses Projekt mit über 80 m hohen Masten – so hoch wie das Limmathochhaus.*

Markus Knauss (Grüne): *Der Beschlussantrag gibt uns immerhin Gelegenheit, über das Projekt zu reden. Der Stadtrat ist zudem genau der richtige Adressat, denn ohne ihn gäbe es das Projekt nicht. Ausser STR Karin Rykart ist kein Stadtrat mehr anwesend, das ist sprechender Beweis dafür, was das Gremium vom Gemeinderat und seiner Meinung hält. Der Regierungsrat schreibt im Festsetzungsbeschluss zum Richtplan: «Für eine dauerhafte Seilbahnverbindung über den See fehlen der Nachweis des Bedarfs, der Wirtschaftlichkeit und der Auswirkungen auf das Erscheinungsbild im unteren Seebecken.» In einer unglaublichen Volte will der Regierungsrat also für fünf Jahre das bewilligen, was er auf die Dauer ablehnt. Zudem hat er den Gemeinderatsbeschluss verbogen, der immerhin eine Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen den Bahnhöfen Wollishofen und Tiefenbrunnen vorsieht. Der Regierungsrat hingegen will zwei Wiesen miteinander verbinden. 2018 haben über 300 000 Personen das Strandbad Mythenquai besucht. Mit einer Zahl in dieser Grössenordnung wurde der Bau des Fussballstadions unterstützt. Statt aber ein weiteres Strandbad zu planen, verkleinert man das bestehende massiv. Die Stadt selbst beschreibt auf ihrer Website den enormen Nutzungsdruck auf die Blatterwiese, der schon jetzt besteht. Der Stadtrat lässt einen Frontalangriff auf die Quartierbevölkerung zu, die schon jetzt unter der Situation leidet. Die Behauptung der ZKB, die Stationen der Seilbahn seien verkehrstechnisch gut erschlossen, entbehrt jeder Grundlage. Keiner der Standorte erfüllt die kantonalen Richtlinien für die Erschliessung einer publikumsintensiven Anlage auch nur annähernd.*

Urs Fehr (SVP): *Die Grünen behaupten, das Projekt sei weder nachhaltig noch ökologisch. Das war der Hafenkran auch nicht und den haben die Grünen unterstützt. Die*

Parteipräsidentin fliegt zu Klimagipfeln, das ist auch nicht nachhaltig und ökologisch. Benutzt man Schlagwörter, sollte man zuerst vor der eigenen Tür kehren. Die Behauptung, die Standorte seien schlecht erschlossen, stimmt nicht. Beim Mythenquai fährt doch eine Buslinie vorbei. Auswärtige können das Auto am Stadtrand stehen lassen und per öffentlichem Verkehr anreisen, oder man könnte ein Parkhaus bauen. Der genannte Fahrpreis ist im Vergleich zu anderen touristischen Angeboten moderat. Die Stadt Zürich hat am meisten Touristen der ganzen Schweiz und sie bringen viel Wertschöpfung. Wenn wir hier einen zusätzlichen Effort leisten können, dann sollten wir das tun. Der Stadtrat zeigt durch seine Abwesenheit in der Tat, was er von dem Beschlussantrag hält. Das ist lobenswert. Nicht das Projekt zeugt von Arroganz, sondern das Verhalten der linken Ratsseite. Auch ich vertrete einen betroffenen Stadtkreis und ich habe nur positive Rückmeldungen gehört. Ich danke der ZKB für das Projekt. Lassen Sie sich nicht einschüchtern.

Christine Seidler (SP): Die Bürgerlichen argumentieren mit den Beschlüssen aus der Richtplandebatte. Diese kamen mit einer anderen politischen Mehrheit hier im Rat zustande und sie waren Ergebnis eines hart ausgehandelten Kompromisses, mit dem wir die anderen Seilbahnen erhalten haben. Ich bin sehr dankbar für die Voten von Ernst Danner (EVP) und Markus Knauss (Grüne), die die Thematik in einen anderen, richtigen Kontext bringen. Der Richtplan ist ein funktionales Planungsinstrument, um die kurz-, mittel-, und langfristigen Planungshorizonte für die städtebauliche Verdichtung, die wir in der Stadt Zürich haben, zu gewährleisten. Zudem ist es auf Bundesebene ein Instrument, das die Koordination von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung generieren soll. Die Debatte um die Seilbahnen hier drin hat schlicht und einfach im Rahmen von Erschliessungsmitteln für den öffentlichen Verkehr stattgefunden. Bei der Züribahn handelt es sich aber um eine Verschiebung zu einem Prestigeprojekt, das nach geistiger Landesverteidigung riecht und nichts mit öffentlichem Verkehr zu tun hat. Ernst Danner (EVP) hat Vorschläge gemacht, wie man das Geld auch verwenden könnte. In diesem Kontext gibt es weitere vom Gemeinderat verabschiedete Anträge, die der Regierungsrat aus nicht nachvollziehbaren Gründen aus dem Richtplan gestrichen hat. Zum Beispiel möchte ich an den Cluster Gesundheit mit dem Neubau Kinderspital und den Cluster Bildung, Gesundheit und Forschung mit dem Beispiel Masterplan Hochschulquartier oder die ETH Hönggerberg erinnern. Hier gibt es überall grosse Erschliessungsprobleme. Es gäbe die Möglichkeit einer Seilbahn vom Bahnhof Altstetten zur ETH Hönggerberg. Wir haben zudem einen Antrag gestellt für eine Seilbahn vom Tiefenbrunnen zum Kinderspital. Hier fehlt die Erschliessung, was fatal ist. Und wie es Markus Knauss (Grüne) gesagt hat, gibt es den Antrag für eine Seilbahn vom Tiefenbrunnen zur anderen Seeseite als öffentliches Verkehrsmittel. Der Richtplan ist nicht parzellenscharf und man kann den Perimeter verschieben. Diese Perimeterverschiebung, die der Richtplan zulässt, wird hier meines Erachtens für ein reines Prestigeprojekt missbraucht. Zur Form des Beschlussantrags: Ein solcher ist bisweilen nötig, wenn ein Demokratiedefizit nicht anders behoben werden kann.

Eduard Guggenheim (AL): Michael Schmid (FDP) hat daran erinnert, dass Zeitzeugen die früheren Bahnen gern benutzten. Auch ich fuhr gern mit der Bahn. Aber die Bahnen von 1959 und 1939 hatten eine praktische Funktion: Sie verbanden zwei grosse Aus-

stellungsteile. Das ist genau der grosse Mangel der jetzt geplanten Bahn: Sie führt von nirgendwo nach nirgendwo. Die Quartiervereine von Riesbach und Enge sind deutlich gegen das Projekt. Den Vertretern der ZKB kann man keinen Vorwurf machen, sie haben den Auftrag ihrer Führung umgesetzt. Ich hoffe allerdings, dass auch sie die breite Kritik gehört haben, ernst nehmen und vielleicht bereits daran sind, eine klügere Alternative auszuarbeiten. Vorschläge dafür gibt es genug. Der Stadtrat ist gut beraten, die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen und gegenüber der ZKB zu vertreten.

Severin Pflüger (FDP): Für mich ist das nicht eine Debatte zwischen Links und Rechts, sondern zwischen jenen, die gern etwas ermöglichen und jenen, die alles verhindern und nichts verändern wollen. Wenn die Seilbahn einmal steht, werden sie dann alle begeistert sein. Luca Maggi (Grüne) wirft uns vor, wir verwehren uns der Diskussion über die private Nutzung des öffentlichen Raums. Ich führe diese Diskussion aber sehr gern. Der öffentliche Raum ist dafür da, dass ihn die Öffentlichkeit nutzt, die ja aus vielen verschiedenen Privatpersonen besteht. Auch Verkehr, ein Sportanlass oder eine Seilbahn ist eine legitime Nutzung des öffentlichen Raums. Die Frage ist bloss, mit welcher Intensität und über welchen Zeitraum die Nutzung stattfindet. Die Seilbahn benötigt lediglich ein Seil, das man aus der Ferne von Auge kaum wahrnehmen kann. Auch die Gondel wird von der Quaibrücke aus kaum grösser als eine Briefmarke erscheinen. Es gibt zahlreiche Beispiele von Seilbahnen in den Alpen, die niemanden stören. Ich rate der ZKB und allen, die etwas bewegen wollen: Bauen Sie eine Bahn zwischen Zollikon und Kilchberg. Dort wird man Freude haben.

Andreas Kirstein (AL): Es geht hier tatsächlich nicht um Links und Rechts, sondern um die Bewertung des Projekts. Wenn man den historischen Zusammenhang beachtet, dann kommt das Projekt flach heraus. Ich danke Severin Pflüger (FDP) für seine Anregung, über die Nutzung des öffentlichen Raums zu debattieren. Eine solche Debatte ist in der Tat notwendig. Michael Schmid (FDP) hat Farbe bekannt, dass er der Meinung ist, man solle die Möglichkeiten, die die ZKB hat, auch anderen Privaten mit kommerziellen Spassangeboten zugänglich machen: eine bemerkenswerte Position. Pablo Büniger (FDP) ist mit seinem Votum völlig entgleist. Ich empfehle ihm, sich bei Mischa Schiwow (AL) für die persönlichen Unterstellungen zu entschuldigen. Ich erinnere an die beiden Quartiervereine, die das Projekt einhellig ablehnen, und an die 2200 Petitionärinnen und Petitionäre. Die ZKB muss über die Bücher. Wir setzen heute ein starkes Zeichen, damit sie das wagt. Auch der Stadtrat kann dann diesem seltsamen Projekt seine Unterstützung entziehen.

Roger Bartholdi (SVP): Auch andere Banken haben in ähnliche Projekte investiert. So hat die Schweizerische Bankgesellschaft 1976 die Polybahn gerettet. In der Logik des Beschlussantrags hätte man auch dieses Projekt damals ablehnen müssen. Wenn aber einmal eine solche Bahn da ist, finden sie alle gut. Der Beschlussantrag ist zwar nur heisse Luft, aber ein negatives Signal an die ZKB. Das kann sich in Zukunft rächen.

Alexander Brunner (FDP): Die Argumente der Gegner des Projekts sind an den Haaren herbeigezogen. Luca Maggi (Grüne) glaubt ernsthaft, dass die Seilbahn den Wohnraum verteuert. Christine Seidler (SP) zeugt mit ihrem Hinweis auf die veränderten

Mehrheitsverhältnisse von einem seltsamen Demokratieverständnis. Andreas Kirstein (AL) befürchtet, die Vergangenheit werde heraufbeschworen. Ich bin Mitglied eines Quartiervereins und unterstütze das Projekt. Ich zweifle daran, dass der Quartierverein Riesbach das ganze Quartier vertritt. Schauen Sie sich die über 20-jährige Geschichte des Projekts Patumbah-Park an. Der Quartierverein war immer dagegen und heute macht er dort Führungen. In ein paar Jahren werden alle die Seilbahn eine gute Idee finden. Die AL ist eine konservative Spassbremse geworden und will nichts mehr wagen.

Michael Schmid (FDP): *Wird der Nutzungsdruck als Gegenargument ins Feld geführt, so muss man bedenken, dass die Stadt 1959 mehr Einwohnerinnen und Einwohner als heute hatte. Zum Votum von Simon Kälin-Werth (Grüne) ist zu sagen, dass der Teil des Strandbads Mythenquai, der von der Seilbahnstation beansprucht wird, wohl kaum von Badegästen benutzt wird und der Badebetrieb damit nicht gestört wird. Zur Verkehrerschliessung ist zu sagen, dass die Bahnhöfe Wollishofen und Tiefenbrunnen in der Nähe liegen. An die Adresse von Fraktionspräsident Andreas Kirstein (AL) und seiner Kritik am Votum von Pablo Büniger (FDP) möchte ich sagen, dass wir beide Fraktionen vertreten, die gut austeilen und auch gut einstecken können.*

Mischa Schiwow (AL) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mischa Schiwow (AL) mit 98 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
161	Anderegg	Peter	EVP	JA
130	Anken	Walter	SVP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	JA
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
012	Aubert	Marianne	SP	--
175	Avdili	Përparim	FDP	NEIN
148	Balsiger	Samuel	SVP	--
134	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
071	Bätschmann	Monika	Grüne	JA
105	Baumann	Markus	GLP	JA
042	Beer	Duri	SP	JA
060	Blättler	Florian	SP	JA
112	Bourgeois	Yasmine	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
018	Breitenstein	Sarah	SP	JA

154	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
119	Brunner	Susanne	SVP	NEIN
054	Bührig	Marcel	Grüne	JA
125	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
070	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
001	Bürki	Martin	FDP	NEIN
143	Danner	Ernst	EVP	JA
065	Denoth	Marco	SP	JA
061	Diggelmann	Simon	SP	JA
079	Eberle	Natalie	AL	JA
004	Egger	Heidi	SP	ENTHALTEN
176	Egger	Urs	FDP	NEIN
127	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
059	Erdem	Niyazi	SP	NEIN
129	Fehr	Urs	SVP	NEIN
033	Fischer	Renate	SP	JA
162	Föhn	Roger	EVP	JA
014	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
024	Fürer	Brigitte	Grüne	JA
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
049	Geissbühler	Marco	SP	JA
009	Giger	Nicole	SP	JA
003	Glaser	Helen	SP	JA
150	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	NEIN
102	Gredig	Corina	GLP	NEIN
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
066	Helfenstein	Urs	SP	--
013	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
010	Huberson	Nadia	SP	JA
092	Hüni	Guido	GLP	ENTHALTEN
114	Huser	Christian	FDP	NEIN
115	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
120	Iten	Stephan	SVP	NEIN
011	Kägi Götz	Maya	SP	JA
038	Kälin-Werth	Simon	Grüne	JA
057	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
085	Kirstein	Andreas	AL	JA
026	Kisker	Gabriele	Grüne	JA

10 / 12

141	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
025	Knauss	Markus	Grüne	JA
153	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
075	Kunz	Markus	Grüne	JA
069	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
048	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
121	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
166	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
052	Maggi	Luca	Grüne	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
008	Manz	Mathias	SP	JA
005	Marti	Elena	Grüne	JA
037	Marti	Res	Grüne	JA
146	Marty	Christoph	SVP	--
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
103	Meyer	Pirmin	GLP	NEIN
093	Monn	Christian	GLP	--
055	Moser	Felix	Grüne	JA
157	Müller	Marcel	FDP	NEIN
164	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
108	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
039	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
144	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
058	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
022	Roose	Zilla	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
062	Sangines	Alan David	SP	--
063	Savarioud	Marcel	SP	JA
002	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
168	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Mischa	AL	JA
067	Schmid	Marion	SP	JA

11 / 12

135	Schmid	Michael	FDP	NEIN
173	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
170	Schwendener	Thomas	SVP	--
183	Seidler	Christine	SP	JA
117	Señorán	Maria del Carmen	SVP	--
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
139	Silberschmidt	Andri	FDP	--
132	Sinovic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	--
015	Speck	Roger-Paul	SP	JA
044	Stocker	Felix	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
178	Tognella	Roger	FDP	NEIN
109	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
041	Urben	Michel	SP	JA
151	Urech	Stefan	SVP	--
174	Ursprung	Corina	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
156	Vogel	Sebastian	FDP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
094	Wiesmann	Matthias	GLP	--
021	Ziswiler	Vera	SP	JA
136	Zürcher	Martina	FDP	NEIN

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 71 gegen 39 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Gemeinderat fasst folgende Resolution:

Der Stadtrat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zürcher Kantonalbank auf das im Rahmen ihres Jubiläums geplante Seilbahnprojekt „Züri Bahn“ über das Seebecken verzichtet und stattdessen der Zürcher Bevölkerung beispielsweise eine innovative, dauernde und nachhaltige Schiffverbindung zwischen den beiden Seeufem einrichtet.

Mitteilung an den Stadtrat

12 / 12

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat